

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Albrecht Müller MdB zu den Müllemann-Vorschlägen zur Kontrolle und Bestrafung illegaler Ausfuhren: Rüstungsexport im Prinzip wie bisher?

Seite 1

Dieter Schanz MdB zu den jüngsten Unruhen in Bangladesch: Chance auf Demokratie nicht verspielen

Seite 2

Rezension

Hans-Josef Legrand stellt das Buch "Jenseits der Beschlüßlage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt" vor.

Seite 3

Dokumentation

"Krieg zerstört die Erde unserer Kinder" - Ein Friedensaufruf nieder-sächsischer Ministerinnen
Wortlaut

Seite 6

46. Jahrgang / 27.

7. Februar 1991

Rüstungsexport im Prinzip wie bisher?

Zu den Müllemann-Vorschläge zur Kontrolle und Bestrafung illegaler Ausfuhren

Von Albrecht Müller MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Rüstungsexport-Kontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die Vorschläge von Wirtschaftsminister Müllemann widmen sich einer besseren Kontrolle und einer drastischeren Bestrafung illegaler Exporte. Viele dieser Vorschläge liegen schon seit Jahren auf dem Tisch. Noch vor einem Vierteljahr haben Koalition und Bundesregierung die Zustimmung zu einem Teil dieser unserer Vorschläge verweigert.

Insofern spricht eine große deutsche Tageszeitung mit Recht von Heuchelei, wenn Herr Müllemann jetzt so tut, als sei er der Initiator der besseren Kontrolle und Strafverschärfung.

Der gravierende Unterschied zwischen Müllemann und uns liegt nicht in den Details der besseren Kontrolle und Strafverschärfung, sondern in der Vorstellung davon, welche Exporte legal sein sollen.

Die SPD will

erstens: die Rüstungsexporte auf die Länder des Bündnisses beschränken;

zweitens: fordert sie, daß bei Kooperationsprojekten innerhalb des Bündnisses von den Kooperationspartnern der Endverbleib gesichert, also nicht weitergeliefert wird.

Auf diese Weise wollen wir mit der fatalen Rüstungsaufrüstung der Länder der Dritten Welt und der Schwellenländer Schluß machen.

Das war ja die Crux beim Irak. Der Westen hat zuerst den Schah aufrüstet; als die Waffen dann in die Hände Chomeinis fielen, wurde der Irak aufrüstet - und das noch zu Zeiten, als Saddam Hussein schon Giftgas einsetzte.

Es muß Schluß sein mit diesen zweifelhaften Opportunitätserwägungen in der Rüstungsexportpolitik - darin liegt der größte Unterschied zur Bundesregierung.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verstärkter Umweltschutz
mit verbesserter Faltung für
Recycling-Papier



Es ist im übrigen schon interessant zu beobachten, wie gezielt Bundesregierung und Koalition sich darauf versteifen, der Irak sei nur illegal aufgerüstet worden. So der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung, so auch Frau Süßmuth in Israel. Das ist schlicht die Unwahrheit.

Ich wundere mich, wie man mit einer solchen Unwahrheit vor das israelische Volk treten kann. Für mich als Bundestagsabgeordneter hat Frau Süßmuth mit dieser Täuschung der Israelis nicht gesprochen. Die Raketen Milian, Hot etc. und anderes Kriegsmaterial sind legal geliefert worden, weil der Export über die Bündnispartner nicht verboten ist (und auch nach Möllemanns neuen Vorschlägen nicht verboten werden soll) und weil die Bundesregierung den europäischen Partnern, z.B. Frankreich, den Export nicht verweigert hat.

Die Tatsache, daß die Bundesregierung nur die Kontrollen und die Strafen verschärfen, nicht aber die Rüstungsexportpraxis ändern will, läßt darauf schließen, daß es im Prinzip so weiter gehen soll wie bisher. D.h. der Geist der Rüstungsexportpolitik ändert sich nicht.

Das bedeutet auch, daß die Kontrollen und Strafandrohungen im illegalen Bereich nicht voll wirken werden, denn jeder potentielle Exporteur wird auch in Zukunft davon ausgehen, daß es die Bundesregierung letztlich nicht ernst meint.

(-/7.2.1991/rs/fü)

Chance auf Demokratie nicht verspielen

Zu den jüngsten Unruhen in Bangladesch

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Die Festsetzung des Wahltermins auf den 27.2.91 und die Einigung auf einen Verhaltenskodex der am Wahlkampf beteiligten Parteien signalisierten erfreuliche Zeichen auf dem Weg zur Demokratie in Bangladesch.

Diese Chance darf jetzt nicht verspielt werden. Kämpfe und Handgreiflichkeiten zwischen den konkurrierenden Parteien dürfen jetzt nicht dem allgemeinen Bestreben nach friedlicher demokratischer Auseinandersetzung und dem demokratischen Kampf um politische Mehrheiten den Weg verstellen.

Hier sind die führenden Persönlichkeiten der politischen Parteien Bangladeschs gefordert, ihre Anhänger zur politischen Besonnenheit aufzurufen und auf einen fairen Kampf um die politische Macht zu verpflichten.

Andernfalls besteht die Gefahr, den noch so jungen Keim der Demokratie in Bangladesch durch Gewalt und Terror zu zerstören. Eine solche Entwicklung wäre tragisch für das Volk von Bangladesch und würde die Demokratisierung in ihrem Ansehen stark schädigen. Dies hätte das Volk Bangladeschs und auch die Mehrheit der politischen Parteien nicht verdient.

(-/7.2.1991/rs/fü)

REZENSION

Die "Zukunftsdiskussion" des DGB

Jürgen Hoffmann/Reiner Hoffmann/Ulrich Mückenberger/Dietrich Lange (Hrsg.): *Jenseits der Beschlußlage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt* (Mit einem Vorwort von Ilse Brusic), Hans-Böckler-Stiftung, Reihe Forschung: Band 1, Bund-Verlag, Köln 1990, 342 Seiten, DM 28,00.

Nicht nur bei gewerkschaftsskeptischen Beobachtern der gesellschaftspolitischen Diskussionen in den letzten Jahren hinterließ der DGB keinen guten Eindruck. Trotz unbestreitbarer Kompetenz in sozialpolitischen Fragestellungen und z.B. der Erfolge, die beim Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung als ein Mittel gegen die anhaltende Massenarbeitslosigkeit erzielt werden konnten, wirkte der Gewerkschafts-Apparat schwerfällig, träge und wenig aufgeschlossen für das sensible Registrieren von Umbrüchen in der (post-) industriellen Dienstleistungsgesellschaft. Rasante gesellschaftliche Entwicklungen (Beispiele: technischer Wandel, soziale Umwälzungen, Ausdifferenzierung der Arbeitnehmerschaft, Ökologiefragen, Geschlechterverhältnis) wurden - wenn überhaupt - erst verspätet und meist nur in "fortschrittlichen" Einzelgewerkschaften wahrgenommen.

Mitunter schien es deshalb nicht nur so, als ob der "Tanker DGB" manövrierfähig geworden sei. Vielmehr war sogar zu befürchten, daß er programmatisch auf eine Sandbank trieb, die ihn von allen relevanten politischen Auseinandersetzungen abgeschnitten hätte. Gewerkschaftsinterne Skandale taten ihr übrigens für den Imageverlust der deutschen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit. Auch die Entscheidung, den ehemaligen Vorsitzenden der IG Bergbau, Heinz-Werner Meyer, 1990 zum neuen DGB-Chef zu machen, schien alles andere als ein Signal der programmatischen Erneuerung zu sein. Deutet man die Entwicklungen seit seinem Amtsantritt jedoch richtig, dann ist der drohende Bedeutungsverlust der Gewerkschaften vorerst gestoppt.

Hans-Werner Meyer hat es nämlich durch eine vielbeachtete Rede geschafft, daß die Gewerkschaften wieder Anschluß an öffentlich geführte Diskurse gefunden haben und in den Diskussionen um Fragen der Zukunftsgestaltung eine relevante Rolle spielen können (vgl. auch die Würdigung von Siegfried Bleicher im Sozialdemokratischen Pressedienst vom 28. November 1990). Mitte November hatte der Vorsitzende auf dem "Hattinger Forum" ein Eröffnungsreferat gehalten, das die Frankfurter Rundschau als "Signal zur politischen Kurskorrektur der Gewerkschaften" interpretierte (vgl. die FR-Dokumentation vom 17. November 1990). Und selbst das zuweilen witzig-bissige Sprachrohr links-alternativer Diskurse, die Berliner "tageszeitung" (taz), ließ ihren anerkannten Gewerkschafts-Insider Martin Kempe nüchtern, aber perspektivisch kommentieren: "Neue gewerkschaftliche Horizonte: DGB-Chef Heinz-Werner Meyer sendet rot-grüne Signale aus" (siehe: taz, vom 19. November 1990). Was war geschehen?

1987 war auf der Fachtagung der Hans-Böckler-Stiftung in Hattingen über "Neokonservatismus und Zukunft der Gewerkschaften" die Idee entstanden, von den Gewerkschaften nahestehenden Wissenschaftlern einen zusammenhängenden Beitrag zur Zukunft der Gewerkschaften schreiben zu lassen. In dem Gutachten sollten jenseits aktueller tagespolitischer Themen und Probleme die Blicke konzentriert werden auf längerfristige gewerkschaftliche Politik. Das Ergebnis dieses Nachdenkens liegt mit der Publikation: "Jenseits der Beschlußlage" vor. Bei ihrer

Präsentation im Spätherbst letzten Jahres sprach sich Meyer nicht nur für mehr innergewerkschaftliche Demokratie, die Öffnung für Umweltprobleme und die Erweiterung der tarif- und sozialpolitischen Konzepte des DGB's aus. Er griff die in der IG Metall und bei der ÖTV geführte "Zukunftsdiskussionen" auf (vgl. dazu die Buch-Publikation von Martin Kempe) und entwickelte Positionen, die die Diskussionspunkte und Vorschläge des Gutachtens fortführen.

Ein wahrer Sturm der Begeisterung setzte nicht nur bei diesen beiden mitgliederstärksten Einzelgewerkschaften ein, die ihre Bemühungen um Modernisierung, Öffnung für neue Themen (und neue Bündnispartner) und Demokratisierung der Strukturen nachträglich von allerhöchster Stelle sanktioniert sahen. Auch kleinere Gewerkschaften (von Holz und Kunststoff über Textil und Bekleidung bis hin zu Handel, Banken und Versicherungen) sparten nicht mit Lob. "Volle Deckung" überschrieb die Gewerkschaftszeitung "DIE QUELLE" (siehe Ausgabe 1/91, S. 3) einen Artikel über die Reaktionen auf die Hattinger Rede, in dem "ein erstaunlich positives Echo" aus Kreisen höchster Gewerkschaftsfunktionäre konstatiert wird. Es bleibt die Frage, was denn nun eigentlich als das Bemerkenswerte aus dem Gutachten festzuhalten ist, das Ilse Brusis vom DGB-Bundesvorstand als einen "sicherlich wichtigen Diskussionsbeitrag" einleitend vorstellt?

Den 16 Autoren (von Elmar Altvater über Rainer Erd und Claus Leggewie bis hin zu Klaus Novy und Rainer Zoll) und den drei (!) Autorinnen (Ute Gerhard, Sibylla Raasch und Adelheid von Saldern) ging es darum, die Dimension neuartiger Entwicklungen pointiert herauszuarbeiten, in der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Politik und Programmatik unterbelichtete Problemfelder nachzuspüren und die Chancen zu eruieren, die sich für die Gewerkschaften aus dem sozio-ökonomischen und industriell-technologischen Wandel ergeben. Das Buch ist in drei Foren gegliedert, die ihrerseits aus einer Einleitung, mehreren problembezogenen Abschnitten und knappen Literaturhinweisen bestehen.

In Forum eins werden zentrale, als epochale Umbrüche wahrgenommene Veränderungen in den Sozialbeziehungen der Menschen referiert. Im Mittelpunkt stehen Aspekte soziokulturellen Wandels (z.B. die Auflösung und Umwandlung sozialer Milieus) sowie die subjektive und kommunikative Seite der gesellschaftlichen Umbruchprozesse (z.B. neue Lebensstile und -entwürfe). Die bekannten Schlagworte lauteten also: "Individualismus versus Solidarität", "Multikulturelle Gesellschaft" und "Kultur(-politik) zur Versöhnung mit den Leiden der Modernisierung". Forum zwei stellt aus der Makroperspektive die Konturen dieses Umbruchprozesses dar. Unter der Überschrift "Ökonomische, soziale und politische Verwerfungen" werden Themen aufgearbeitet und diskutiert, die von der "Krise der Kapitalverwertung" über "Binnenmarkt im Umbruch" und "Ökologische Frage" bis hin zur Frage nach den "Perspektiven des Sozialstaats" reichen. Im dritten Forum stehen die Konsequenzen zur Debatte, die sich aus den erwähnten Veränderungen für die Gewerkschaftspolitik ergeben sollten. Wenn sich die Gewerkschaften noch einem perspektivenreichen Verständnis von Solidarität und kollektiver Kraft verpflichtet fühlen wollen, müssen sie diesen Um- und Aufbrüchen programmatisch und organisatorisch Rechnung tragen, fordern die "Gutachter".

Was dies konkret heißt, liest sich in der Sprache der WissenschaftlerInnen wie folgt:

"Es geht um die Öffnung des Zuganges zu inhaltlich attraktiven Arbeitsprozessen und auf der Grundlage persönlicher Kommunikation gestalteten Arbeitsorganisation, um die Erhaltung einer nicht nur in ihrem ästhetischen Reichtum bedrohten Natur, um Durchsetzung von gesundheitsbewahrenden und damit Lebensmöglichkeiten steigenden Umwelt- und Arbeitsbedingungen, um die Entfaltung neuer Formen sinnvoller Interaktions- und Kommunikationsstrukturen, um die Steigerung biographischer Optionen und die Entwicklung gültiger individueller Le

bensentwürfe, um Anschluß an die wissenschaftliche und kulturelle Entwicklung statt informationeller Verelendung, um die Schaffung lebenswerter Wohnumwelten und die Reintegration solidarischer Praxis in lokale Lebenszusammenhänge, um informationelle Solidarität, um die Anerkennung fremder Kulturen und Beförderung des ihnen eigenen Reichtums statt Ausbeutung der Peripherie' (S. 181/182).

Soweit, so gut.

Gegen den möglichen Vorwurf, dieses perspektivische Nachdenken (über "neue" Themen und "neue" Handlungsfelder) sei "Luxus", wenden die AutorInnen ein, daß es "geradezu eine Voraussetzung realitätsgerechter Politik sei". Sie verneinen nicht die Notwendigkeit von gewerkschaftlicher Arbeit in traditionellen Feldern (Mitgliederwerbung, Stärkung betrieblicher Interessenvertretung, tarifliche Lohn- und Arbeitszeit- und Sicherungspolitik, Humanisierung der Arbeit). Aber sie befürchten auch, daß es einer "Zweckverfehlung" gewerkschaftlichen Handelns gleichkäme, wenn nicht auch die Arbeit in diesen traditionellen Feldern von neuen Inhalten und Beteiligungsformen erfüllt werde. Die heutige Zeit mache hochgradig experimentelle und beteiligungsorientierte Politikformen erforderlich, schreiben sie. Letztlich plädieren sie für ein Verständnis von Gewerkschaftsorganisation, "das Schutz und Zusammenhalt gerade dadurch gewährleistet, daß es Vielfalt und Kreativität der unmittelbar Beteiligten ermutigt und stärkt".

"Jenseits der Beschlüßlage" ist - zusammenfassend - als ein gelungener und diskussionsfähiger Versuch zu beurteilen, Defizite in Programmatik und Organisation des DGB anzunehmen. Doch es wird noch vermutlich sehr viel Zeit vergehen, bis die hier angeschnittenen Fragen und Anregungen auf mittlerer und unterer Funktionärssebene Eingang finden in die Alltagspraxis. Der "neue Weg" in Richtung "Öffnung für Zukunftsdiskussionen" muß dennoch konsequent weiter beschrritten werden. Der DGB hat wieder Anschluß gefunden an die Debatten, die z.B. im Umfeld von Fortschritt '90 und bei der Formulierung des neuen Grundsatzprogramms der SPD geführt worden sind. Damit ergeben sich auch Perspektiven für SPD und Gewerkschaften, den "neuen Weg" gemeinsam zu gehen (vgl. Siegfried Bleichers Schlußfolgerungen zur Bundestagswahl, in: Sozialdemokratischer PresseDienst vom 7. Januar 1991).

Weitere empfehlenswerte Literatur:

Martin Kempe: "Die Kraft kommt von den Wurzeln". Perspektiven der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, Büchergilde Gutenberg: Frankfurt am Main und Wien 1990, 263 Seiten

Josef Schmid/Heinrich Tiemann (Hrsg.): Aufbrüche: Die Zukunftsdiskussion in Parteien, Verbänden und Kirchen, SP-Verlag Norbert Schüren: Marburg 1990, 278 Seiten, DM 24,80

"Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus", Heft 3/1990 des Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen und "Zukunft der Reformpolitik: Die politische Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei der SPD und den GRÜNEN", Heft 1/1991 des Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, hrsg. von der Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen, erscheint Ende Februar/Anfang März 1991 beim SP-Verlag (Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg), Preis pro Ausgabe: 12,50 DM.

Hans-Josef Legrand

(-/7.2.1991/rs/fü)

DOKUMENTATION

"Krieg zerstört die Erde unserer Kinder"

Hiltrud Schröder (Ehefrau des niedersächsischen Ministerpräsidenten), Heldrun Alm-Merk (Niedersächsische Justizministerin), Monika Griefahn (Niedersächsische Umweltministerin), Waltraud Schoppe (Niedersächsische Frauenministerin) sowie Helga Schuchardt (Niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur) haben unter dem Titel "Krieg tötet Unschuldige. Krieg zerstört die Erde unserer Kinder. Krieg schafft Haß, nicht Frieden." einen Aufruf zum Frieden verfaßt, den wir im Wortlaut veröffentlichen.

Wir sind gegen den Krieg am Golf.

Auch der grausamste Diktator kann keine Rechtfertigung für einen Krieg sein. Denn noch nie sind in einem Krieg die Täter, die Diktatoren "bestraft" worden. Getroffen werden Unschuldige, Kinder, Frauen, künftige Generationen.

Die Hälfte aller Iraker sind Kinder, jünger als 15 Jahre. Wer will ihnen erklären, warum ihr Land von Bomben umgepflügt, ihre Häuser zerstört, ihre Strände mit Öl verseucht werden mußten? Werden die Kinder der US-Soldaten verstehen, daß ihre Väter und Mütter getötet werden mußten, weil erwachsene Menschen sich am Verhandlungstisch nicht einigen konnten? Und: Werden Kinder zum Frieden erzogen, die ihre Nächte im Luftschutzkeller verbringen müssen?

Wer Krieg führt, fügt Unschuldigen unsägliches Leid zu. Und wer Leid zufügt, sät Haß auf andere Völker, die doch Verständigung brauchen. Die "Logik des Krieges", die in diesen Tagen so oft beschworen wird, ist eine Logik der Menschenverachtung, die zum Haß führt. Nicht zum Frieden.

Darum fordern wir einen sofortigen Waffenstillstand am Golf. Wenn der Krieg wirklich so "logisch" ist, dann soll Saddam Hussein in dieser Pause den Kindern Israels erklären, weshalb sie Gasmasken tragen müssen. Und Präsident Bush den Kindern in den Straßen von Bagdad, warum ihre Spielkameraden von Bomben zerfetzt werden mußten.

Sie werden uns diese Fragen stellen, jetzt und später, wenn sie erwachsen sind. Sie werden uns fragen, was das für eine "zivilisierte Welt" ist, die jeden Tag 750 Millionen Dollar für Bomben, Raketen und Vernichtung am Golf ausgibt. 750 Millionen Dollar täglich: Genausoviel, wie das Kinderhilfswerk UNICEF der Vereinten Nationen in drei Jahren zur Verfügung hat, um den Kindern der ganzen Welt zu helfen.

Wir können - und wollen - Ihnen das nicht erklären: Wir sind zutiefst überzeugt, daß Krieg niemals "unausweichlich" ist. Jeder Krieg braucht einen Angriffsbefehl. Und der wird nicht vom "Schicksal" gegeben, sondern von Menschen, von Politikern, die auch anders handeln könnten. Die jederzeit das Ende des Krieges befehlen könnten.

Das ist es, was wir unseren Kindern erklären wollen. Wenn Sie sich für ein Ende des Krieges am Golf engagieren wollen, gründen Sie örtliche Friedensinitiativen.

Wir bitten um Spenden für medico-international zur Versorgung von Kindern im Kriegsgebiet auf das Sonderkonto Nr. 152 215 1000 bei der BfG Hannover, BLZ 250 1011, Stichwort "Aufruf zum Frieden".

(-/7.2.1991/rs/fG)
